



### **Guten Morgen Schleswig-Holstein, liebe Mitglieder der AfD Schleswig-Holstein, liebe Leser der AfD-Info,**

Corona und kein Ende. Die weltweite Pandemie fordert Opfer über Opfer, ein Ende ist noch nicht in Sicht. Wir bitten Sie, Distanz zu halten, Kontakt soweit möglich nur „virtuell“ zu halten und gesund und munter zu bleiben.

Schon Einstein erkannte, dass Zeit relativ ist – und ja, ich denke jeder von uns kann – je länger das Kontaktverbot gilt - ermessen, dass sich die Zeit gefühlt ausdehnt, und die Sehnsucht zunimmt, unsere geliebten Kinder und Enkel endlich wieder in den Arm schließen zu können. Aber die „längere“ Zeit hilft uns auch, wieder darüber nachzudenken, was wesentlich ist. Und wenn alles vorbei ist, können wir uns freuen.

Akzeptieren wir also, dass das Corona-Virus im Moment die Regeln schreibt, akzeptieren wir, dass die Ausnahmesituation endlich ist. Entspannen wir so gut wir können, im Wissen, dass es in wenigen Wochen geschafft ist. Bleiben Sie gesund und denken Sie positiv.

### **Europa während Corona und danach**

Was macht Corona aus dem vielgepriesenen europäischen Gedanken? Erleben wir eine Welle der über die Grenzen hinausgehenden Solidarität und Hilfe innerhalb Europas? Wollen wir das überhaupt?

Eins ist klar: Schon in der ersten wirklich großen Krise, hat dieses Europa versagt. Es gibt kein „Wir“, es gibt kein vereintes Europa, es gibt nur einzelne Staaten. Die Corona-Krise zeigt, dass dieses Europa weder von den Politikern, noch von den Unternehmen, noch von den Bürgern gelebt wird.

Angesichts der Bedrohung löst sich das Europa der „einen Stimme“ in Wochenfrist auf, und die immer wieder hochgelobte Solidarität erweist sich als Luftnummer.

Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass die Mitgliedstaaten die Grenzen Europas nach innen wie nach außen geschlossen haben, dass notwendige Hilfen an schwer betroffene Länder wie Spanien und Italien verweigert wurden, und dass der Transport wichtiger Güter – auch innerhalb Europas – verboten wurde.

Auch nach 70 Jahren Aufbau endet ein vereintes Europa über Nacht, wenn die Angst um sein eigenes Land zu mächtig wird. Nichts wird in Europa nach Corona wieder so sein wie es war. Es zeigt sich, dass die Idee der AfD „ein Europa der Vaterländer“ zu schaffen über Nacht Realität geworden ist – und wohl auch tief im Unterbewusstsein der Völker nie anders war.

Es gibt ungezählte Beispiele, wie jetzt die globale Wirtschaft blitzartig dem Nationalismus weichen musste. Frankreich beschlagnahmte alle im Land befindlichen Schutzmasken und Schutzkleidung, Deutschland schloss sich einen Tag später dieser Maßnahme an. Tschechien schloss seine Grenzen nach Deutschland und Österreich; die Regierung erklärte, dass diese Maßnahme bis zu zwei Jahre dauern könnte. Spanien, Ungarn, Polen schließen Ihre Grenzen. Der serbische Präsident erklärt den Ausnahmezustand und, dass es eine europäische Solidarität nicht gibt. „Das war ein Märchen auf dem Papier“.

Nachdem Spanien in verzweifelter Situation die EU um Hilfe gebeten hatte und diese nicht bekam, wandte es sich an die NATO. Auch die konnte nicht helfen, schickte aber das Ersuchen an die Mitgliedsländer (die meisten sind EU-Mitglieder) weiter. Zig-Kilometer lange LKW-Staus an der polnischen Grenze. Lebensnotwendige Güter stehen tagelang im Stau. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

So führt man die vier hochgelobten Europäischen Freiheiten (freier Verkehr von Waren, von Dienstleistungen, Kapital und Menschen) ad absurdum.



Fest steht: Die Grenzen der einzelnen Länder in der EU sind wieder sichtbar. Jedes Land kämpft für sich. Ein koordiniertes, gemeinsames Handeln ist nicht erkennbar, und wohl auch weder möglich noch nötig. Europa? An seinen Ansprüchen gescheitert?

Wir hier müssen als Deutschland erst einmal die Corona-Krise gemeinsam meistern und danach ein neues, ein realistisches Europa freundschaftlich und wirtschaftlich verbundener Einzelstaaten schaffen.

### Einwanderung nach Europa

#### Migration als politisches Druckmittel

Als reine „Verschwörungstheorie“ wurde bislang die Behauptung abgetan, man könne eine Migration als strategisches Instrument nutzen, um etwa Länder zu destabilisieren oder auch, um sie grundlegend zu verändern. Und genau dieses Vorgehen kann man bis zum heutigen Tage in Tibet beobachten. Noch 1996 heißt es in der Drucksache 13/4445 (1996) des Bundestages: „Der Deutsche Bundestag [...] verurteilt die Politik der chinesischen Behörden, die im Ergebnis gerade auch in Bezug auf Tibet zur Zerstörung der Identität führt, insbesondere mittels Ansiedlung und Zuwanderung von Chinesen in großer Zahl [...]“. Ja, damals 1996 dachte man noch so! Heute ist man doch modern, heute denkt man bunt!

Ein jüngerer Fall, Migration zur Erpressung zu nutzen, ist die Öffnung der türkischen Grenze. Präsident Erdogan kündigte einseitig den „Flüchtlings-Deal“ mit der EU auf und droht die Grenzen zur EU offen zu halten, damit die Migranten nach Europa strömen können, sollte seiner Forderung nach militärischer Hilfe in Syrien durch die EU nicht stattgegeben werden. Die Migrantenströme, die unter anderem seine eigene Politik verursacht hat, werden so als Druckmittel in die Waagschale geworfen, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen.

#### Urteil des Europäischen Gerichtshofs

Ungarn, Tschechien und Polen haben laut Europäischem Gerichtshof (EuGH) während der Migrationskrise 2015 gegen geltendes EU-Recht verstoßen. Diese Staaten beteiligten sich nicht an der

Aufnahme von Migranten, die unkontrolliert nach Europa kamen. Nach dem EU-Verteilungsschlüssel hätten die osteuropäischen Staaten einen Teil von ihnen aufnehmen müssen, sie weigerten sich aber. Zu einer Strafe durch den EUGH kam es noch nicht.

### Probleme in Deutschland

Eine kleine **Anfrage der AfD-Ratsfraktion Kiel** hat das erschreckende Maß an Gewalt gegenüber städtischen Mitarbeitern aufgedeckt. Von 84 Fällen im Jahr 2017 verdreifachten sich die Übergriffe auf 280 im Jahr 2018. Erfasst sind verbale Angriffe, wie auch physische Attacken. Um auf die beunruhigenden Entwicklungen besser reagieren zu können, schlug die AfD vor, ein zentrales Register einzupflegen, um einen besseren Überblick zu bekommen und damit für bessere Schutzmaßnahmen sorgen zu können. Obwohl die Maßnahmen im Interesse der städtischen Mitarbeiter wären, wurde der AfD-Antrag abgelehnt. Denn der parteiische Kampf gegen die AfD ist wichtiger als der Schutz der betroffenen Menschen.

### Neues aus dem Bund

**Im Bundestag** ist zum zwölften Mal der AfD-Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestags gescheitert. Die anderen, „demokratischen“ Parteien haben die Wahl von Paul Viktor Podolay, unserem vierten Kandidaten, auch im dritten Wahlgang blockiert. Neuer Bewerber für das Amt ist Karsten Hilse aus Bautzen. Am 16. Januar und am 3. März 2020 ließen auch ihn die Altparteien durchfallen. Er kann nun noch einmal kandidieren.

**Auf dem Strategietag der Linken** in Kassel hat eine der Teilnehmerinnen, eine Sandra, verlangt, ein Prozent der Reichen zu erschießen. Wörtlich: „Energiewende ist auch nötig, nach ´ner Revolution und auch wenn `wa dit eine Prozent der Reichen erschossen haben, ist es immer noch so, dass wir heizen wollen. Wir wollen uns fortbewegen.“ Und „Naja, ist doch so.“ Parteichef Bernd Riexinger hat dann doch gemeint, einen solchen Beitrag entkräften zu müssen: „Wir



erschließen sie nicht. Wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein.“ Immerhin. War doch alles nur Spaß.

Die Bundesabgeordnete **Renate Künast (Grüne)** hat zugegeben, dass die Antifa staatlich finanziert wird, und jetzt sogar eine dauerhafte Finanzierung gefordert. „Ich bin es leid, dass NGOs und Antifa-Gruppen, die sich engagieren, um ihr Geld ringen und nur von Jahr zu Jahr Arbeitsverträge abschließen können. Sie müssen eine verlässliche Finanzierung haben.“ <https://pressecomp24.com> und [Junge Freiheit, 20. März 2020](#). Es lohnt sich, die Kommentare dazu zu lesen. Ist es wirklich richtig, Linksterroristen aus Steuermitteln zu finanzieren?

Die Gruppierung „**Gemeinsam für das Grundgesetz**“ hat eine Erklärung von Alexander Gauland veröffentlicht. Sie erschien am 26. März 2020 offensichtlich nur in der „Jungen Freiheit“. Denn auf der Seite dort ist ein Vermerk: Sie blicken gerade auf eine ganze Seite Meinungsfreiheit. Diese Anzeige durfte in FAZ, Welt, Spiegel, Handelsblatt und Focus nicht erscheinen.

Aus Gaulands Text: ... „Aber glauben Sie mir, für jeden einzelnen Anhänger ist diese alltägliche Ausgrenzung aus der Gesellschaft eine große Last.“ und „Nein, wir sind kein Krebsgeschwür. Wir sind kein Pack.“

Es ist schon bemerkenswert, dass inzwischen in Deutschland solche Erklärungen nötig sind, und auch, dass sie von der Presse massiv behindert werden.

### Fakten aus dem Bundestag

„Die AfD-Fraktion hat am Mittwoch drei Anträge zur Verbesserung des Sozialschutz-Paktes zur Abstimmung in den Bundestag eingebracht. Die Anträge sollten die Situation besonders schützenswerter Mitbürger mit Notfallplänen erheblich verbessern.“

Offensichtlich zählen zehntausende Obdachlose, Millionen Menschen mit Behinderung und Millionen Kleinstunternehmer und Solo-Selbstständige nicht zur Zielgruppe der Altparteien. Anders kann ich mir

die geschlossene Ablehnung der Anträge nicht erklären.

Für Obdachlose, Behinderte und Kleinunternehmer haben die Altparteien heute ein trauriges Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen.

Und erneut bewiesen, dass das Wort Demokratie aus dem Munde der Altparteien zu einer Farce verkommen ist.“ (<http://uwewitt.com/?p=2904>)

Auch hier das Gleiche wie in Kiel: Die Anträge von Uwe Witt werden abgelehnt, weil von der AfD. Und seien sie noch so sinnvoll. Die Anträge selbst unter: <http://uwewitt.com/?p=2892>  
<http://uwewitt.com/?p=2894>  
<http://uwewitt.com/?p=2901>

### Neues aus den Bundesländern

**In Hamburg** hat die Bürgerschaft ganz im Sinne einer Ausgrenzung der AfD die Geschäftsordnung geändert. In trauter Einheit mit den Linken hatte die CDU den Antrag gestellt, die Zahl der Vizepräsidenten auf vier zu begrenzen. So wird es nicht wieder - wie in der letzten Legislaturperiode - einen AfD-Vize geben. So zeigt man für alle deutlich sichtbar, wie sehr man die Rechte parlamentarischer Minderheiten missachtet, wenn man damit die AfD treffen kann.

**Aus Thüringen** aber kann man melden, dass es auch anders geht. Der Landtag in hat einen AfD-Kandidaten mit den Stimmen von AfD, FDP und CDU zum Vizepräsidenten gewählt. Michael Kaufmann erhielt am 5. März 2020 von 89 gültigen Stimmen genau 45 Ja-Stimmen bei 35mal Nein und 9 Enthaltungen. Die entscheidende Stimme kam von Herrn Rameloh (Linke).

### Angriffe auf AfD-Mitglieder

Auf dem Grundstück von **Tino Chrupalla** ist sein Auto in der Nacht zum 2. März in Brand gesteckt worden. Beim Versuch, das Feuer zu löschen, zog sich Chrupalla eine Rauchvergiftung zu und musste einige Stunden im Krankenhaus behandelt werden. Es ist nicht zu erwarten, dass die Polizei die Täter finden



darf. Aber der Generalsekretär der CDU in Sachsen hat den Anschlag verurteilt: „Gewalt ist niemals ein Mittel politischer Auseinandersetzung.“ Solche Angriffe seien durch nichts zu entschuldigen.

Von den **112 Angriffen** (Oktober bis Dezember 2019) auf Büros und Einrichtungen der Parteien, die im Bundestag vertreten sind, richteten sich 62 gegen die AfD.

Auf ihrer Internet-Seite [www.indymedia.org](http://www.indymedia.org) bekennt sich die Indymedia zum Anschlag auf das Auto von **Sven Dreyer**, Stadtverordneter in Kassel. Die Reifen wurden durchstoßen, die Scheiben zerschlagen. Es ist nicht zu erwarten, dass man die Täter finden wird, auch wenn sie sich wie hier sogar im Internet melden.

In Berlin-Charlottenburg ist das Auto von **Nicolaus Fest**, kommissarischer Landesvorsitzender in Berlin durch einen Brandanschlag beschädigt worden.

Im Berliner Süden sind am Haus von MdB **Gottfried Curio** die Scheiben eingeschlagen worden, gegen das Haus wurden Farbflaschen geworfen. Auf die Wand wurde „Hanau, Curio du Mörder“ gesprüht. Auch hier ist nicht zu erwarten, dass man die Täter finden will.

Noch einmal Indymedia-Bekennerschreiben: „In der Nacht vom 25. auf den 26. 02. haben wir das Auto von **Marius Beyer** am XXXXXX XXXXXX in Leipzig Engelsdorf angezündet.“ Begründung: „Marius Beyer ist aktives AfD Mitglied und sitzt im Stadtrat.“ Wieso werden nach solchen Schreiben die Täter nicht gefunden?

In **Chemnitz** wurde die Gedenkstätte der Bomben-Opfer geschändet. Die Stadt war noch Anfang März 1945 von den Alliierten mit Bomben angegriffen worden, 2100 Menschen starben dabei. Die Gedenkstätte wurde mit Farbe besprüht, die unbekanntes Täter schrieben „Fuck Nazis“ und „Deutsche Täter sind keine Opfer“ auf die Reliefe. Wenn man bedenkt, dass die Opfer damals in der Mehrzahl Frauen und Kinder waren, muss man schon

fragen, ob hierfür die Bezeichnung Vandalismus überhaupt noch ausreicht.

### So ticken die Grünen

**Vorstand der Grünen:** Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land

**Sieglinde Frieß, 1989:** Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht, und Polen direkt an Frankreich grenzt.

### Ceterum Censeo

**Und im Übrigen sind wir der Auffassung, dass die Stärke Europas in seiner Vielfalt liegt. Deswegen sollten wir ein Europa der Vaterländer bauen.**

### Adressen und wen Sie damit erreichen

Der Datenschutzbeauftragte hat empfohlen, die Adressen soweit wie möglich zu anonymisieren. Das wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Hier die ersten:

[lavo@afd-sh.de](mailto:lavo@afd-sh.de)

Die Adresse ist neu, unter ihr erreichen Sie die sieben Mitglieder des Landesvorstands.

[geschaefsstelle@afd-sh.de](mailto:geschaefsstelle@afd-sh.de)

Unter dieser neuen Adresse erreichen Sie die Geschäftsstelle des Landesverbandes in Kiel.

Impressum:

**Landesgeschäftsstelle Alternative für Deutschland**  
Walkerdamm 1  
D-24103 Kiel

[geschaefsstelle@afd-sh.de](mailto:geschaefsstelle@afd-sh.de)

Telefon: 0431-385 500 10

Telefax: 0431-385 500 19

V.i.S.d.P.: Rainer Ronke

E-Mail der Redaktion:

[redaktion@afd-schleswig-holstein.de](mailto:redaktion@afd-schleswig-holstein.de)